

**Beschluss  
der Stadtverordnetenversammlung**

19. Mai 2014  
1 von 1

**Resolution gegen Homophobie**

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler und Stadtverordneter Bayer  
- 101.17.1312 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Kassel betont das Recht, dass alle Menschen selbstbestimmt ihre hetero- oder homosexuelle Neigung im gegenseitigen Respekt mit ihren Partnerinnen und Partnern leben können. Kassel setzt sich für die Akzeptanz von Homosexualität und die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften ein.
2. Die Stadt Kassel distanziert sich anlässlich des Kongresses für „Sexualethik und Seelsorge“, den der evangelische Fachverband Weißes Kreuz vom 22. bis 24. Mai in Kassel veranstalten wird, von Organisationen wie „Wüstenstrom“ und dem „Deutschen Institut für Jugend und Gesellschaft (DIJG)“, die Personen, die aufgrund ihrer homosexuellen Neigung in Konflikte geraten, nicht ergebnisoffen beraten, sondern sie in eine heterosexuelle Orientierung drängen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler,  
Stadtverordneter Bayer

Ablehnung: CDU

Enthaltung: --

den

**Beschluss**

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler und des Stadtverordneten Bayer betr. Resolution gegen Homophobie, 101.17.1312, wird **zugestimmt**.

Petra Friedrich  
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Schmidt  
Schriftführerin